

### 1.11.1955

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an das deutsche Volk und an die vier Außenminister in Genf mit folgenden Vorschlägen:

Sie sollen konkrete Maßnahmen zur

„Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit beschließen ..“

Sie sollen

„alle Maßnahmen unterstützen, die einer Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik und ihrer Annäherung dienen.“

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich an das ganze deutsche Volk und schlägt den Parlamenten der Deutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik die Bildung des Gesamtdeutschen Rates vor.“

„Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen an die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik zu allen Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands ausarbeiten.“

„Der Gesamtdeutsche Rat soll die Entwicklung wissenschaftlicher und kultureller Beziehungen sowie den Sportverkehr fördern.“

„Der Gesamtdeutsche Rat soll Empfehlungen geben zur Sammlung statistischer Angaben und Unterlagen über die Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrs, des Gesundheitswesens, der Volksbildung, des Arbeitsrechts und dergleichen mehr durch Organe für Statistik.“

### 6.11.1955

Erklärung der Beobachterdelegation der Deutschen Demokratischen Republik zu den Fragen der freien Wahlen:

„Da aber die Regierung der Bundesrepublik die Pariser Verträge ratifiziert und bereits Maßnahmen zu ihrer Durchführung ergriffen hat, können freie Wahlen in Westdeutschland erst durchgeführt werden, nachdem die Bundesrepublik durch Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa von den Pariser Verträgen befreit ist und die gegenwärtig die Bundesrepublik beherrschenden antidemokratischen und militaristischen Kräfte ihre Machtpositionen verloren haben.“